

---

## Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 4  
Datum 13. April 2011

---

30 1.530. INTEGRATION

### **Integration (Motion Marc Müller und Mitunterzeichnende)**

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Die GPK hat Wort.

Peter Traber, GPK: Die GPK hat mit Interesse vom Konzept zur Integrationspolitik Kenntnis genommen. Wir danken dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit. Obschon dieses Geschäft nur Kenntnisnahme vorliegt, hat die GPK Bemerkungen anzubringen. Die Motion welche vom Grossen Gemeinderat am 28. Januar 2009 überwiesen worden ist, verlangt, dass Massnahmen zur Integration getroffen werden. In dem uns vorliegenden Dokument ist die Auftragserledigung nicht ersichtlich. Das vorliegende Dokument hat eher den Charakter einer Voranalyse, in welcher der Ist-Zustand beschrieben ist. Im Hinblick auf die Erfüllung des Auftrages dieser Motion ist die GPK zum Schluss gekommen, dass noch einige Punkte zu beanstanden sind: Wir vermissen in der vorliegenden Beurteilung die Wirkung des Angebotes, wie dies in Ziffer 4 des Konzeptes festgehalten ist. Welches Fazit zieht man aus diesen Erkenntnissen und welche Massnahmen drängen sich dementsprechend auf? Es ist überhaupt nicht greifbar, welche Massnahmen folgen sollen. Der zweite Punkt betrifft Ziffer 3. Hier wird auf eine Person hingewiesen, welche die Integrationspolitik bewirtschaftet und koordiniert. Nach Auffassung der GPK ist das eher eine passive Haltung. Wir sind eigentlich der Meinung, dass es in dieser Frage über eine Person bzw. Stelle verfügt, welche sich aktiv mit diesem Thema befasst und den ganzen Prozess der Integration führt und steuert.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich möchte dem Gemeinderat und dem Runden Tisch Integration (RTI) danken, welcher dieses Konzept in mehreren Sitzungen und Klausuren und einem auswärtigen Büro unter der Leitung von Eva Baltensperger erarbeitet hat. Es sind grosse Leistungen erbracht worden, dafür bedanken wir uns recht herzlich. Ich möchte nicht wiederholen was im Papier bereits enthalten ist. Ich möchte auf die Fragen und Bemerkungen der GPK zurückkommen. Um ein Konzept zu erarbeiten braucht es immer eine Ist-Aufnahme, sprich eine Lagebeurteilung, ohne geht es nicht. Dies haben wir auch beim Kulturkonzept aufgezeigt. Aus der Lagebeurteilung bzw. der Ist-Aufnahme sind die Leitsätze, die Handlungsfelder und die Ziele entstanden, welche alles klar beschreiben. Erst in einem zweiten Schritt ist es vorgesehen konkrete Massnahmen zu definieren. Die Massnahmen, welche die GPK vermisst, von denen wissen wir selber noch nicht was genau diese umfassen werden. Diese Massnahmen werden von den einzelnen Personen und Problemfällen ausgehen. Das sind die konkreten Problemfelder welche wir angehen müssen. Aus diesen werden dann auch die konkreten Massnahmen erwachsen. Es kommt noch hinzu, dass die gesetzlichen Vorschriften des Kantons betreffend Integration, voraussichtlich erst anfangs 2012 zum Tragen kommen. Daraus ergibt es sich, dass wir das Konzept überarbeiten müssen. Wahrscheinlich müssen wir Angleichungen vornehmen und einzelne Massnahmen ergänzen. Ich komme noch zur möglichen Person einer Informationsbeauftragten oder eines Informationsbeauftragten. Eine solche Person haben wir noch nicht. Aber wir verfügen über einen Stellenbeschrieb. Das entsprechende Profil ist vorgegeben, damit wir eine solche Person mit dieser Aufgabe beauftragen können. Ein möglicher Stellenbeschrieb existiert ebenfalls und ist bereits in ein mögliches Aufgaben- und Pflichtenheft eingeflossen. Selbstverständlich

muss dieses Aufgaben- und Pflichtenheft noch einmal überarbeitet und korrigiert werden. Im Namen des Gemeinderates bitte ich das Parlament dieses Konzept positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Bevor wir mit der Diskussion beginnen hätte ich einen Vorschlag bezüglich des Vorgehens: Zuerst führen wir eine allgemeine Diskussion, dann gehen wir das Konzept mit Aufnahme von Bemerkungen seitenweise durch und am Schluss gelangen wir dann zu Bericht und Antrag. Ist das Parlament mit diesem Vorgehen einverstanden? Somit ist die allgemeine Diskussion für die Fraktionen offen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Markus Burren, SVP: Die Zusammenstellung zeigt auf, dass die Gemeinde Zollikofen bereits heute sehr viel für die Integration unternimmt. Dies kann man bereits erkennen, wenn man nur die Seiten 9 bis 21 studiert. Man kann hier lesen, was die Gemeinde Zollikofen bereits alles anbietet, und dies notabene ohne Konzept. Braucht es überhaupt eine neue Stelle? Dies ist für uns in Frage gestellt. Vielleicht noch eine kleine Korrektur aus unserer Sicht: Der runde Tisch Integration ist ein Mitwirkungsorgan und kein beratendes Organ des Gemeinderates. Auf Seite 5 unten ist dies unserer Ansicht nach nicht korrekt geschildert. In den Leitsätzen des Konzeptes und in der Motion von Marc Müller steht, dass die Anerkennung unserer Strukturen, Gesetze und Sitten in der Verantwortung der zu Integrierenden liegt. Es liegt hier nicht unbedingt an uns sondern an den zu Integrierenden. Somit erwarten wir auch, dass diese sich um Integration bemühen. Wir verfügen über genügend Möglichkeiten wie beispielsweise einem Verein beizutreten. Die Möglichkeiten sind sehr gross, man beachte wie schon erwähnt die Seiten 9 bis 21 des Konzeptes. Diejenigen welche sich nicht integrieren wollen, können wir auch nicht dazu zwingen. Für uns ist klar, dass wir bereits sehr viele Angebote ohne Konzept anbieten. Ab 2012 müssen wir wohl entsprechende Massnahmen ergreifen, aber ich möchte nicht vorher Hand bieten um in diesem Bereich Massnahmen zu ergreifen.

Denise Mellert, CVP: Wir von der CVP Fraktion haben dieses Konzept ebenfalls zur Kenntnis genommen und begrüssen, dass sich in Zollikofen die Gruppe "Runder Tisch Integration" mit dem Thema Integration auseinandergesetzt hat. Somit wurde auch eine Aufstellung der bereits bestehenden Angebote realisiert. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass es in Zollikofen bereits viele Angebote gibt. Aber wir schliessen uns nebst dem, der Argumentation der GPK vollumfänglich an. Das Konzept zeigt unserer Meinung nach etwas zu wenig "Zähne" bzw. konkrete Umsetzungsmassnahmen. Wir danken dieser Gruppe ganz herzlich für Ihre Arbeit.

Elisabeth Wendelspiess, SP: Ich habe heute keine gute Stimme und möchte mich bereits im Voraus für mein allfälliges Husten entschuldigen. Die SP Zollikofen hat sich in der Vergangenheit bereits aktiv mit dem Thema Integration befasst. Dies sowohl im schulischen als auch im ausserschulischen Bereich. Wir danken daher dem Gemeinderat für die Erarbeitung des vorliegenden Integrationskonzeptes. Es bietet einen guten Überblick über die in unserer Gemeinde bestehenden Angebote und zeigt auch wie vielfältig Integration zu verstehen ist. Allerdings hat das Papier noch einige Mängel. Es fehlt eine klare Zieldefinition. Ziel und Massnahmen sind für uns zu wenig konkret formuliert. Es handelt sich lediglich um eine Auflistung des heutigen Ist-Zustandes. Wie will man die Wirksamkeit testen? Wie will man Wirksamkeit in Zukunft überprüfen? Was will man konkret mit dem Konzept erreichen? Was kann man bei der ausländischen Bevölkerung zur Integration einfordern? Ebenso unklar ist, was die Verwaltung mit dem Konzept in Zukunft machen will. Kann sie daraus Rechtswirkungen ableiten? Hat das Konzept verwaltungsanweisende Wirkung? Diese Fragen sind für uns noch offen. Einverstanden sind wir damit, dass das Konzept im nächsten Jahr überprüft und somit auch auf den neusten Stand gebracht werden soll. Wir haben Mühe, wenn man zum jetzigen Zeitpunkt die Motion als erledigt abschreiben möchte. Der Motionär hat ganz klare Aufträge erteilt: Nicht nur die Situation zu analysieren, was man bereits gemacht hat, sondern auch neue Grundlagen zu erarbeiten und entsprechende Massnahmen zu treffen. Das Konzept sagt zu diesen Punkten überhaupt nichts Konkretes. Im Gegenteil, der Gemeinderat

hat vorhin erklärt und auch in seinem Papier ausgeführt, dass er ganz auf Integrationsvereinbarungen verzichten möchte. Auch wenn diese insbesondere bei den Sozialhilfeempfängern möglich wären. Wie schon gesagt, ist es schade, dass der Gemeinderat in dieser Hinsicht nicht konkreter wird. Wir sind überzeugt, dass man auf der Grundlage dieses Konzeptes griffige Massnahmen aufzeigen könnte. Aus diesem Grund können wir zwar vom Konzept Kenntnis nehmen, möchten aber die Motion nicht abschreiben. Wir stellen den Antrag die Motion als noch nicht erledigt zurückzuweisen und bitten den Gemeinderat konkrete Umsetzungsmassnahmen aufzuzeigen.

Peter Kofel, GFL: Das vorliegende Konzept zur Integrationspolitik listet, wie gerade gehört, zwar die Leitsätze, Handlungsfelder, Rahmenbedingungen und Angebote auf. Aber im Konzept fehlen eindeutig die konkreten Massnahmen. Diese Massnahmen sind aber in der Motion explizit erwähnt worden. Im Punkt 5 des Berichtes wird darauf verwiesen, dass niemand zur Integration gezwungen werden kann, da keine entsprechenden Sanktionen ausgesprochen werden können. Aber bereits in der Motion wird auf in der Schweiz vorhandene Ansätze hingewiesen. Mittlerweile existiert ein Gesetzesentwurf, welcher Ausländer im Kanton zum ersten Mal per Gesetz verpflichten soll, sich zu integrieren. In Ostermundigen ist beispielsweise ein Projekt mit Integrationsvereinbarungen gestartet worden. Um ein bisschen konkreter zu werden für Personen aus der EU auf freiwilliger Basis und für Personen aus Drittstaaten aber mit der Sanktionsmöglichkeit, dass bei Nichteinhalten die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden kann. Konkret könnte man so zum Beispiel anhand von Erstgesprächen, welcher auf der Gemeinde durchgeführt würden, einen allfälligen Integrationsbedarf feststellen. Sei dies nun ein Sprachdefizit, eine prekäre Wohnsituation oder Arbeitslosigkeit. Mit weiteren Abklärungen könnte dann ein allfälliger Integrationsbedarf festgehalten werden und man könnte dann die entsprechende Integrationsvereinbarung aufsetzen. Der Bericht des Gemeinderates beinhaltet viele Worte aber keine Taten. Es drängt sich auch die Frage auf, ob das PR-Büro a&o die richtige Wahl gewesen ist. Auf deren Homepage ist nichts in Bezug auf die Thematik Integration zu finden. Das Büro verfügt diesbezüglich über keinerlei Erfahrung. Wir befürworten klar die Koordinationsstelle. Wir stellen uns diesbezüglich aber eine Person mit Weisungsbefugnis, finanzieller Kompetenz bzw. einem Startkapital und klarer Erscheinung nach aussen vor. Die Bezeichnung "Mitwirkungs- und Beratungsorgan für Integration" ist unglücklich. Wir regen eine kürzere und klarere Bezeichnung an wie zum Beispiel: "Integrationskommission". Zusammenfassend: Dem Konzept fehlen Massnahmen welche in der Motion explizit gefordert sind. Darum sind wir der Meinung, dass die Motion nicht abgeschrieben werden kann.

Patrick Heimann, FDP: Die FDP nimmt Kenntnis von Konzept und Bericht und verdankt erstmals den Autoren dieses Werk. Besonderen Dank gilt aber auch dem Engagement des Runden Tisches Integration. Dieser Einsatz ist nicht selbstverständlich. Die Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass mit diesem Bericht des Gemeinderates nicht primär auf das Anliegen des Motionärs eingegangen worden ist. Wir haben diesbezüglich auch mit Marc Müller Rücksprache gehalten. Ich wiederhole die Ausgangslage, welche im Bericht aufgeführt ist: "Der Gemeinderat von Zollikofen wird beauftragt, der mangelhaften Integration entgegen zu wirken und Massnahmen zu treffen, welche die zu Integrierenden zu einer Integration bewegt. Eine Möglichkeit wäre, Integrationsvereinbarungen nach dem Basler-Modell zu treffen". In diesem Konzept finde ich keinen Bezug zu diesem Vorschlag des Basler-Modells. Dies hätte mich sehr interessiert. Das Konzept ist in erster Linie eine Auflistung bzw. eine Analyse. Eine Auflistung von Institutionen, welche für die Integration arbeiten. Bemerkenswert ist die Institution ALP Grauholz (Aktion Lehrstellen und Praktikumsplätze). Dies ist eine wichtige Institution, in welcher ich selber seit nunmehr 3 Jahren als Coach tätig bin. In dieser Institution haben wir ähnliche Probleme. Jugendliche treten mit Vorstellungen an uns heran, dass von nun an ein Coach oder Fachmann nun für sie die Bewerbungen erarbeitet. Dann muss man den Jugendlichen ganz klar mitteilen, dass dies primär ihre Aufgabe ist. Wir bieten den Jugendlichen lediglich eine Begleitung auf Ihrem Weg an. Speziell Ausländerkinder mit Status F oder N, haben es wirklich nicht einfach. Hier funktioniert es nur in Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst, den Schulen und Berufsinformationszentrum, damit wir einen ge-

meinsamen Weg beschreiten können. Es ist sehr wichtig, dass sich diese Institutionen vernetzen. Ob dies ein Verantwortlicher der Gemeinde realisieren kann, das bezweifle ich. Hier müssen die Institutionen ihre eigenen Erfahrungen machen und ein entsprechendes Netzwerk aufbauen. Wie schon gesagt, hier wiederhole ich meine Vorredner, dieses Integrationskonzept stellt eine Ausgangsanalyse der bisherigen Anstrengungen der Gemeinde und vor allem auch der Institutionen dar. Es listet Institutionen und Akteure auf, welche den Integrationsprozess unterstützen und mittragen. Dieses Konzept ist aus Sicht der FDP Fraktion erst ein Anfang. Und weil Integration ein derart wichtiges Thema ist, kann man dies nicht einfach an einen Verantwortlichen delegieren. Die Fraktion beantragt, die Motion zum heutigen Zeitpunkt nicht abzuschreiben.

Präsident: Das Wort ist weiter offen für die Fraktionen. Das wird nicht gewünscht. Somit ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Ich habe nun ganz interessante Ausführungen gehört. Und zwar in Bezug auf den erwähnten Integrationsbeauftragten. Hier bin ich nun ganz zufällig einmal gleicher Meinung wie auch andere in diesem Parlament. Es ist sehr gefährlich, nur eine Person in der Gemeinde für eine solch wichtige Aufgabe zu beauftragen. Ich denke hier an eine Kommission. Diese sollte aber nicht parteipolitisch sondern mit Fachleuten besetzt werden. Dies wäre ein guter Lösungsansatz. Die Motion sollte nicht abgeschrieben werden, dann könnte allenfalls ein besserer Vorschlag ausgearbeitet werden. Mit der Aussage des Gemeinderates, es handle sich bei der Ist-Aufnahme um eine Lagebeurteilung bin ich nicht ganz einverstanden. Wie ihr wisst bin ich militärisch vorbelastet, deshalb stört mich diese Begriffserklärung ein wenig. Die Lagebeurteilung basiert auf dem Auftrag, also dem Ziel. Es müssen die bestehenden Mittel berücksichtigt werden, was wurde bereits realisiert und wie präsentiert sich die Umgebung? Eine Ist-Aufnahme ist nicht mit einer Lagebeurteilung gleichzusetzen. Deshalb wäre es gut wenn wir die Motion zurückweisen.

Präsident: Weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Somit hat der Gemeinderat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich habe noch einige Bemerkungen. Das Konzept selber kann man ja nicht zurückweisen, es liegt lediglich zur Kenntnisnahme vor. Wenn hier vorne jemand über Integration sprechen kann, bin ich hier im Parlament wohl der Einzige der weiss was Integration ist, denn ich bin auch einmal integriert worden. Dies nur als Nebenbemerkung. Nun zum Basler-Modell, welches meine Partei, die FDP angesprochen hat. Wir könnten diese Integrationsvereinbarungen auch in Zollikofen einführen, wenn wir einige Millionen Franken zur Verfügung hätten. Diesen Punkt haben wir natürlich auch geprüft. Das Basler-Modell funktioniert mit Dutzenden von Angestellten, mit PR-Kampagnen und vielen weiteren Massnahmen. Wir haben dies geprüft. Man kann sicher nicht einfach das Basler-Modell eins zu eins auf die Gemeinde Zollikofen umsetzen. Dass wir einen Integrationsbeauftragten brauchen, das wissen wir, es steht ja auch im entsprechenden Papier. Das ist genau das was Markus Burren sagen will. Natürlich verfügen wir in Zollikofen über etliche Programme und Institutionen welche sich mit Integration befassen, aber dies alles geschieht unkoordiniert. Mit entsprechender Koordination können wir Kräfte bündeln, damit die richtigen Personen an die richtige Stelle gelangen können. Nun komme ich auf die geforderten Massnahmen zu sprechen. Diese Massnahmen kenne ich auch noch nicht. Aber diese werden sich ergeben. Dann zur EVP: Ein vorhandener Gesetzesentwurf ist noch kein Gesetz. Ob dieser Entwurf überhaupt jemals als Gesetz verabschiedet wird, das weiss hier im Parlament niemand.

Präsident: Wir kommen nun zum eigentlichen Konzept. Es geht wie schon erwähnt nur um eine Kenntnisnahme. Es ist aber wichtig, dass das Parlament dem Gemeinderat eine entsprechende Rückmeldung gibt. Ich schlage vor, dass wir das Konzept seitenweise durchgehen. Wenn Ergänzungen anzubringen sind, bitte ich die Ratsmitglieder sich entsprechend zu

melden. Ich kann dem Gemeindepräsidenten vielleicht noch sagen, dass nicht die EVP sondern die GFL den Gesetzesentwurf erwähnt hat.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Entschuldigung.

Präsident: Ich habe festgestellt, dass es einige irritierte Blicke gegeben hat. Nun zum Konzept.

Seite 4 Keine Bemerkungen

Seite 5 Hans-Jörg Rhyt hat das Wort

Hans-Jörg Rhyt, SP: Zu Punkt 2 und 3 möchte ich bemerken, dass unsere Frage, ob dieses Konzept verwaltungsanweisende Wirkung hat, nicht beantwortet worden ist. Ist es nicht so, dass die gesamte Verwaltung bei den, im Konzept aufgeführten Integrationsprozessen, mitarbeiten könnte. Sollte nicht sogar die ganze Verwaltung den Auftrag bzw. die Pflicht haben im Sinne dieses Integrationskonzeptes bzw. im Sinne allfälliger Massnahmen zu Handeln.

Präsident: Der Gemeindepräsident wird die Frage beantworten.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Entschuldigung, ich habe mir diese Frage aufgeschrieben, habe aber vergessen diese zu beantworten. Das Integrationskonzept ist verwaltungsanweisend. Der Gemeinderat hat das Konzept beschlossen und es ist sowohl für ihn als auch für die Verwaltung bindend.

Präsident: Weitere Bemerkungen zu Seite 5? Das ist nicht der Fall.

Seite 6 Pierre-Yves Crettenand hat das Wort.

Pierre-Yves Crettenand, EVP: Auf Seite 6 in der Mitte: "Handlungsfeld Wohn- und Lebensraum". Hierbei handelt es sich um Ziele. Der erste Punkt in diesem Handlungsfeld lautet: "Die Lebens- und Wohnqualität der Migrant/-innen entspricht derjenigen der einheimischen Bevölkerung". Ich habe mich gefragt wie man dieses Ziel überhaupt erreichen will?

Präsident: Möchte der Gemeinderat hierzu Stellung nehmen? Das ist nicht der Fall. Wir nehmen dies zur Kenntnis. Weitere Bemerkungen zu Seite 6?

Seite 7 Keine Bemerkungen

Seite 8 Keine Bemerkungen

Präsident: Somit kommen wir zu Punkt 4, das wäre der Anhang. Diesen möchte ich als Ganzes zur Diskussion stellen. Gibt es hierzu Bemerkungen?

Toni Oesch, FdU: Auf Seite 19 ganz unten finden wir die Vereine und in Klammer Sport Musik etc. Daneben steht der Verweis: "siehe Broschüre der Gemeinde Zollikofen oder [www.zollikofen.ch](http://www.zollikofen.ch)". Wenn man im Internet die entsprechende Seite anklickt findet man allerlei Hinweise. Ich habe vorhin schon erwähnt, dass der Sport eine ganz wesentliche Funktion im Bereich der Integration hat. Man sollte hier ein wenig mehr schreiben. Es hat auf der Gemeinde einmal ein Gemeindeglied-Stellvertreter gegeben, welcher gesagt hat, dass die Turnhallen nur für die Vereine bestimmt seien und dass die Parteien diese nicht nützen könnten. Eine politische Partei ist auch ein Verein. Deshalb müsste man die politischen Parteien im Internet unter der Rubrik "Vereine" auch noch aufführen, denn diese fehlen dort nämlich. Jemand der sich integrieren will, kann dies auch bei uns in den Parteien tun. Ich bin auch nicht à priori für das Ausländerstimmrecht. Es gibt auch Ausländer welche sich im Bereich des Schiesssports engagieren.

Heinz Buser, FDP: Ich bin ein wenig spät, aber es ging mir vorhin auf der Seite 6 zu schnell. Der Satz: "Die Lebens- und Wohnqualität der Migrant/-innen entspricht derjenigen der einheimischen Bevölkerung", ist eine Feststellung. Das stimmt so ja gar nicht. Ich will etwas aufzeigen, also muss man etwas unternehmen. Hierbei handelt es sich nicht um ein Handlungsfeld, denn es ist ja erledigt. Was bedeutet im Handlungsfeld "Kommunikation und Kontakt" folgender Satz: "Die Gemeindeangestellten berücksichtigen die kulturellen Eigenheiten in der Kommunikation mit Migrant/-innen"? Müssen die Gemeindeangestellten nun Fremdsprachen lernen? Dies ist für mich zu wenig konkret. Ob bei diesem Konzept etwas Sinnvolles herauskommt weiss ich nicht.

Präsident: Weitere Bemerkungen zum Konzept? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zu Bericht und Antrag. Zwei Parteien haben einen Antrag gestellt. Gehe ich richtig davon aus, dass wenn das Parlament Nein zur Abschreibung der Motion sagt, wir diesen Anträgen gerecht werden, wenn ich den gemeinderätlichen Antrag zur Abstimmung bringe?

Hans-Jörg Rhyn, SP: Über die Abschreibung wird separat abgestimmt.

Präsident: Ja, das ist klar. Dies wäre zur Bereinigung der Vorlage, wenn wir noch über einen weiteren Antrag zu befinden hätten. Dies ist somit machbar. Somit kann ich folgendes feststellen:

### **1. Vom Integrationskonzept wird Kenntnis genommen.**

Präsident: Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag lautet: "Die Motion Marc Müller und Mitunterzeichnende wird als erledigt abgeschrieben".

### **Abstimmung:**

**Der Rat beschliesst mehrheitlich**

### **2. Die Motion Marc Müller und Mitunterzeichnende wird nicht als erledigt abgeschrieben.**

---

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE